UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Flüchtlingswelle und Asylbewerberleistungen

föderale Organisation, Kostenproblematik
und Erstattung am Beispiel sächsischer
Kommunen

Christoph Diesener, M.A.,
und Mario Hesse, Dipl.-Vw./Dipl.-Kfm.

KOMKIS Report Nr. 3

KOMKIS
REPORT

Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen
am Institut für öffentliche Finanzen und Public Management

Diesener, Christoph, M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen.

Hesse, Mario, Dipl.-Vw./Dipl.-Kfm., stellv. Geschäftsführer am Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen und Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig.

Zitierempfehlung:

Diesener, Christoph/Hesse, Mario (2017): Flüchtlingswelle und Asylbewerberleistungen - föderale Organisation, Kostenproblematik und Erstattung am Beispiel sächsischer Kommunen, KOMKIS Report, Nr. 3, Leipzig.

Wenn Sie auf diese KOMKIS-Publikation direkt über einen Digital Object Identifier (DOI) verweisen wollen, nutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://doi.org/10.36730/2020.5.komkisir.3>

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 2702-041X
Erscheinungsjahr 2017

Ansprechperson: Christoph Diesener, M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter
T +49 341 9733-625 | F + 49 341 9733-589 | diesener@wifa.uni-leipzig.de

Diese Publikation wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts.

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Zuständigkeiten	4
2.1	Der Weg durch die Instanzen: Von der Ankunft bis zur Anerkennung	5
2.2	Tücken des Föderalismus.....	7
2.3	Geplante zukünftige Unterstützung der Kommunen durch den Bund	8
3	Situation in Sachsen.....	10
3.1	Einordnung im Ländervergleich.....	10
3.2	Erstattungsregelungen.....	11
4	Fazit	13
5	Literatur- und Quellenverzeichnis	16

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Rahmendaten Asylbewerber 2007-2016.....	1
Abbildung 2:	Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen in Deutschland 2007-2015	3
Abbildung 3:	Akteure in der Flüchtlingspolitik	4
Abbildung 4:	Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen 2015 nach Ländern.....	10
Abbildung 5:	Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen 2015 nach Ländern je Einwohner ..	11

1 Einleitung

Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz suchen bzw. Asyl beantragen, ist in den Jahren 2014, 2015 und 2016 aufgrund der zunehmenden Konflikte, insbesondere in den Krisenherden des Nahen und Mittleren Ostens, massiv angestiegen. Ein Großteil der Geflüchteten entstammt den Ländern Syrien, Afghanistan und Irak.¹ Die Anzahl zukünftiger Flüchtlinge lässt sich aber nur schwer prognostizieren; sie hat sich in der Vergangenheit jährlich erheblich verändert und hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab: In erster Linie davon, wo auf der Welt gerade politische Konflikte (im schlimmsten Fall Kriege) oder wirtschaftliche Krisen entstehen, welche die dort lebenden Menschen dazu bewegen, ihre Heimat zu verlassen, um ihr Leben zu retten oder eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien in Europa zu suchen.

Abbildung 1: Rahmendaten Asylbewerber 2007-2016

Quelle: BAMF; Eigene Darstellung.

¹ Für eine genaue Aufschlüsselung der Flüchtlinge nach Herkunftsländern siehe auch: BAMF (2016), Aktuelle Zahlen zu Asyl.

Als Ursachen für den starken Anstieg der Zahl der Flüchtenden und Asylsuchenden ab 2014 gelten neben dem anhaltenden Bürgerkrieg in Syrien (Hauptherkunftsland der Asylsuchenden) auch staatlicher und islamistischer Terrorismus (bspw. in Afghanistan und im Irak) sowie mangelnde wirtschaftliche Perspektiven in den Herkunftsländern der Asylbewerber (Maghreb- und Balkan-Staaten). Im Jahr 2015 überstieg die Zahl der zugehenden Personen deutlich die Zahl der Asylanträge (siehe unterer Teil der Abbildung 1), da die zuständigen Behörden bei der Annahme der Asylanträge zunächst nicht Schritt halten konnten. Dieser Überhang wurde im Laufe des folgenden Jahres aufgelöst, so erklärt sich das umgekehrte Verhältnis von Zugängen nach EASY und Asylantragszahlen im Jahr 2016. Die Statistik aus dem EASY-System wurde nur für eine Übergangszeit als Indikator für den ungefähren monatlichen Zugang von Asylsuchenden nach Deutschland verwendet. Es waren jedoch in diesem System auch Fehl- und Doppelerfassungen u.a. aufgrund der fehlenden Erfassung der persönlichen Daten möglich. Bereinigt um dieser Doppelerfassungen sind im Jahr 2015 nach derzeitigem Kenntnisstand rund 890.000 Asylsuchende nach Deutschland gekommen.² Mit dem Januar 2017 können zukünftig genaue Angaben zum monatlichen Zugang von Asylsuchenden gemacht werden, da ab dann eine neue, auf Personendaten basierende Asylgesuch-Statistik zur Verfügung stehen wird.³

Nicht alle Gründe, die angestammte Heimat zu verlassen, berechtigen zum politischen Asyl oder dem sog. subsidiären Schutz⁴ in Deutschland. Die Entscheidung obliegt den zuständigen Behörden und ist gesetzlich geregelt. Artikel 16a GG⁵ sichert politisch Verfolgten ein individuelles Grundrecht auf Asyl zu. Dies ist Ausdruck für den Willen und die Absicht der Bundesrepublik Deutschland, seiner humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen nachzukommen. Häufig jedoch wird der Begriff Asyl fälschlicherweise mit dem Begriff der Zuwanderung gleichgesetzt. Die geltenden rechtlichen Regelungen zum Asyl regeln jedoch nicht die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland. Fragen der gesteuerten Zuwanderung (europäische Blaue Karte) bzw. der Freizügigkeitsregelungen innerhalb der Europäischen Union bleiben von asylrechtlichen Fragestellungen unberührt und werden hier deshalb im Folgenden nicht weiter betrachtet.

In der Bundesrepublik Deutschland sind in jüngster Vergangenheit wieder viele Vorbehalte und Ängste, die Gesellschaft könnte durch die Aufnahme der vielen Schutzsuchenden zivilgesellschaftlich und finanziell überfordert sein, entstanden. Die langfristige Integration einer hohen Zahl von Ausländern mit z. T. erheblich differierendem kulturellem Hintergrund ist selbstverständlich keine leichte Aufgabe und eine große gesellschaftspolitische Herausforderung, gerade in Anbetracht der unerwartet hohen Zahlen von Flüchtenden und der

2 BMF (2017), S. 6.

3 Quelle: BAMF.

4 Subsidiärer Schutz nach §4 Abs. 1 AsylG wird dann gewährt, wenn weder der Flüchtlingsschutz noch die Asylberechtigung zuerkannt werden können aber im Herkunftsland dennoch „ernsthafter Schaden“ droht, unabhängig ob von staatlicher oder nicht-staatlicher Seite, wie z.B. die Todesstrafe, Folter oder willkürliche Gewalt.

5 „(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

geringen Vorbereitungszeit der zuständigen Träger. Deswegen soll an dieser Stelle zumindest der Versuch unternommen werden zu erklären, wie hoch die „Kosten“ für einen Flüchtling tatsächlich ausfallen, wie die Kosten entstehen, wer diese Kosten trägt, und welche besondere Rolle den Kommunen dabei zufällt. Deswegen soll am Anfang der Betrachtungen zunächst eine einzelne Zahl stehen: Die Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen beliefen sich gesamtstaatlich im Jahr 2015 insgesamt auf rund 5,27 Milliarden Euro.⁶

Abbildung 2: Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen in Deutschland 2007-2015

Quelle: Statistisches Bundesamt; Eigene Darstellung.

Dies erscheint zunächst als eine enorme finanzielle Belastung, insbesondere im Vergleich zu den Vorjahreswerten; im Verhältnis zu anderen volkswirtschaftlichen Größenordnungen relativiert sich jedoch der erste Eindruck: Diese Ausgaben entsprechen der Größenordnung des Haushalts des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, welcher für 2015 7,4 Milliarden Euro an Ausgaben vorsah. Dieser Etat ist bei weitem nicht der größte im Bundeshaushalt: Der Etat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) bspw. betrug 2016 rund 24,6 Milliarden Euro, der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sogar 130 Milliarden Euro.⁷ Die Gesamtausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung beliefen sich auf 1.186 Milliarden und Euro und das gesamte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands überstieg dabei über 3.000 Milliarden Euro.⁸ Objektiv gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und an der Finanzkraft seines öffentlichen Sektors ist die unmittelbare Kostenbelastung durch die reinen Asylbewerberleistungen also zunächst gut zu verkraften. Immerhin

⁶ Quelle: Statistisches Bundesamt.

⁷ Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) Vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2378), S.16.

⁸ Statistisches Bundesamt (2016): Bruttoinlandsprodukt 2015 für Deutschland.

schlossen die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen das Jahr 2015 trotz der zusätzlichen Ausgabenbelastungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von rund 28,9 Mrd. Euro ab.⁹ Die finanziellen Probleme, die dennoch in vielen Gebietskörperschaften im Zuge der Herausforderung der kurzfristigen Unterbringung aufgetreten sind, haben ihren Ursprung vielmehr im Auseinanderfallen von Finanzierungs- und die Durchführungsverantwortung verschiedener staatlicher Ebenen bei der Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden, ebenso wie bei der anschließenden Integration der Asylberechtigten.

2 Zuständigkeiten

Flüchtlinge sind, sobald sie dem Zuständigkeitsbereich deutscher Behörden unterfallen „Objekte der Verwaltung“¹⁰. Auf die Wahl ihres Wohnsitzes und der Unterbringungsform haben sie keinen Einfluss. Asylsuchende können normalerweise auch nicht beeinflussen, in welchem Bundesland ihr Asylverfahren stattfindet. Sie müssen sich innerhalb einer vorgeschriebenen Frist bei der für sie zuständigen Aufnahmeeinrichtung melden, sonst drohen ihnen Nachteile im Asylverfahren. Nur in Ausnahmefällen (besonders gilt dies bei unbegleiteten Minderjährigen) erfolgt keine Verteilung in ein anderes Bundesland. Die Aufnahme, Verteilung, Zuweisung und Unterbringung der Asylsuchenden richtet sich zunächst allein nach den verwaltungsorganisatorischen Erfordernissen, die sich am föderalen Verwaltungsaufbau der Bundesrepublik orientieren. Beteiligt sind dabei der Bund, die Innen- und Sozialministerien der Bundesländer, die kommunalen Gebietskörperschaften wie Landkreise und kreisfreien Städte sowie letztlich die Kommunen selbst als ausführende und gestaltende Instanz.

Abbildung 3: Akteure in der Flüchtlingspolitik

Akteure in Deutschland	verantwortlich für:
Bundesministerium des Innern	übergeordnete Koordination der Flüchtlingspolitik und oberste Dienstbehörde des BAMF
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)	das Asylverfahren und Integrationsmaßnahmen
Bundespolizei	die Sicherheit der deutschen Grenzen
Länder	die Registrierung, Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden (meist in Erstaufnahmeeinrichtungen)
Ausländerbehörde	Vollzug des Ausländerrechts
Landespolizei	die Sicherheit in Deutschland (Polizeihoheit)
Kommunen	die Unterbringung, Versorgung und vorrangig für die gesellschaftliche Integration vor Ort
Bundesagentur für Arbeit	die Beratung und Vermittlung von Asylsuchenden (im Verfahren) in Arbeit oder Ausbildung
Jobcenter	die Arbeitsmarktintegration von Schutzberechtigten

Quelle: BMF (2017).

⁹ Daran hatte der Bund einen Anteil von +20,6 Mrd. Euro, die Länder von +4,0 Mrd. Euro, die Gemeinden von +3,2 Mrd. Euro und die Sozialversicherungszweige von +1,2 Mrd. Euro, Quelle: Statistisches Bundesamt, Kassenstatistik für das Jahr 2015, inkl. Auslaufperiode.

¹⁰ Wendel (2014), S. 9.

2.1 Der Weg durch die Instanzen: Von der Ankunft bis zur Anerkennung¹¹

Ankunft/Einreise

Viele Flüchtlinge wissen zunächst nicht, dass ihr Aufenthalt illegal ist und sie das Asyl erst beantragen müssen. Bis sie ihren Antrag stellen, sind Flüchtlinge also rein rechtlich gesehen illegal Eingereiste. Bei einem Asylgesuch an der Grenze entscheidet die Bundespolizei über die Weiterleitung an eine Aufnahmeeinrichtung oder über eine Einreiseverweigerung. Im Rahmen des sog. Flughafenverfahrens leitet die Bundespolizei den Asylsuchenden im Transitbereich an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiter. Beim Erstkontakt mit deutschen Behörden (Grenzbehörden, Polizeibehörden, Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende) erfolgt eine erkennungsdienstliche Behandlung (Lichtbild, Fingerabdrücke, Personenangaben). Eine Bitte bei der Polizei oder anderen Behörden um Asyl führt dann auch nicht automatisch zur Einleitung des Verfahrens, denn es handelt sich hierbei noch nicht um einen formellen Asylantrag, sondern um ein „Asylbegehren“ oder „Asylgesuch“.

Erstaufnahmeeinrichtung

Im nächsten Schritt werden alle Asylsuchenden in den nächstgelegenen Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) des jeweiligen Ankunftslandes aufgenommen. Diese Einrichtung kann für die vorübergehende oder auch für die längerfristige Unterbringung zuständig sein, denn die Zuweisung in eine bestimmte Aufnahmeeinrichtung entscheidet sich nach den aktuellen Kapazitäten. Darüber hinaus spielt es eine Rolle, in welcher Außenstelle des Bundesamtes oder in welchem Ankunftszentrum das jeweilige Herkunftsland der Asylsuchenden bearbeitet wird. Die Zuweisung auf die Länder erfolgt dann nach den Kriterien des „Königsteiner Schlüssels“¹². Dieser berechnet sich zu zwei Dritteln nach der Finanzkraft der Länder¹³ und zu einem Drittel nach ihrer Einwohnerzahl. Für Sachsen bedeutete dies 2015 die Aufnahme von ca. 5,1 % der bundesweit ankommenden Schutzsuchenden. Das BAMF unterhält Außenstellen in jeder dieser Erstaufnahmeeinrichtungen, und in der ihm zugewiesenen Erstaufnahmeeinrichtung muss durch den Asylsuchenden dann erst der eigentliche formale Asylantrag gestellt werden. Wenn Asyl beantragt ist, gibt das Bundesamt die aufgenommenen persönlichen Daten in das Ausländerzentralregister (AZR) ein. Dies ist eine bundesweite personenbezogene Datei, die Informationen über Menschen aus dem Ausland, die sich in Deutschland aufhalten oder aufgehalten haben, enthält. Alle Ausländerbehörden greifen auf diese Daten zu, wenn sie ihre Aufgaben wahrnehmen. Für die EAE sind die Länder zuständig. Nach maximal drei Monaten werden die Asylbewerber von dort aus an die unteren Unterbringungsbehörden (in

11 Für eine ausführliche Darstellung siehe bspw.: BAMF (2016): Ablauf des deutschen Asylverfahrens: Ein Überblick über die einzelnen Verfahrensschritte und rechtlichen Grundlagen.

12 Die Aufnahmequoten für die einzelnen Bundesländer werden vom EDV-System „EASY“ (Erstverteilung von Asylbegehrenden) des BAMF mit Hilfe des Königsteiner Schlüssels errechnet.

13 Steueraufkommen nach dem Länderfinanzausgleich, einschließlich horizontaler Ausgleichszahlungen aber ohne horizontale Bundesergänzungszuweisungen.

Sachsen die Landkreise/kreisfreien Städte) verteilt. Dort verbleiben sie dann, bis ihre Asylverfahren abgeschlossen sind und eine Entscheidung getroffen wurde.

Entscheidung

Ist ein Asylantrag erfolgreich, dann in den meisten Fällen auf Grundlage des §3 Asylverfahrensgesetz, weil der Asylsuchende den BAMF-Mitarbeiter von einer „begründeten Furcht vor Verfolgung“ überzeugen kann. Gründe, die anerkannt werden, sind Verfolgung auf Grund von:

- Rasse
- Religion
- Nationalität
- politischer Überzeugung oder
- der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe (z.B. Homosexualität).

Bleiben darf auch, wem das Amt „subsidiären Schutz“ nach §4 Asylgesetz¹⁴ zubilligt, weil im Heimatland etwa die Todesstrafe oder unmenschliche Behandlung drohen. Armut oder Naturkatastrophen gelten hingegen nicht als ausreichende Asylgründe.

Nach ihrer Anerkennung erhalten Asylberechtigte und Ausländer, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, eine befristete Aufenthaltserlaubnis. In den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung sind sie dann deutschen Staatsbürgern gleichgestellt. So haben sie u.a. Anspruch auf Sozialhilfe, Kindergeld, Erziehungsgeld, Eingliederungsbeförderungen und Sprachförderung sowie sonstige Integrationshilfen.

Die Aufenthaltserlaubnis für Personen mit genehmigtem Asylantrag gilt zunächst für drei Jahre, anschließend gibt es eine unbefristete Niederlassungserlaubnis, falls sich die Verhältnisse im entsprechenden Herkunftsland weiterhin nicht geändert haben. Wer einen subsidiären Schutzstatus hat, kann zunächst mindestens ein Jahr in Deutschland bleiben. Die Aufenthaltserlaubnis wird danach um jeweils zwei Jahre verlängert, wenn die festgestellten Schutzgründe fortbestehen. Insbesondere für subsidiär Schutzberechtigte gilt daher, dass ihr Aufenthaltsrecht grundsätzlich nur einen befristeten Charakter aufweist. Für die Leistungsträger bedeutet dies eine erschwerte Planbarkeit der Unterbringungs- und Integrationsleistungen in der mittleren bis längeren Frist, da ein Erlöschen der Aufenthaltsvoraussetzungen möglich ist. Zusätzliche Kosten entstehen den Kommunen außerdem auch durch Geduldete, also durch ausreisepflichtige Ausländer, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, deren Abschiebung jedoch vorübergehend ausgesetzt wurde.¹⁵

14 Asylgesetz § 4 Subsidiärer Schutz (1) Ein Ausländer ist subsidiär Schutzberechtigter, wenn er stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass ihm in seinem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht. Als ernsthafter Schaden gilt: 1. die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, 2. Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder 3. eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.

15 Z.B. wegen fehlender Passpapiere, Gesundheitsproblemen oder mangelnder Kooperation seitens der Herkunftsstaaten bei der Rückführung.

2.2 Tücken des Föderalismus

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik sorgt bei steigender Zahl Flüchtlingen und damit von Asylanträgen für erhebliche Reibungen zwischen den föderalen Ebenen¹⁶: Der Bund hat sich international zur Aufnahme von Schutzsuchenden verpflichtet, sieht aber die Länder in der Pflicht, ihren gesetzlichen Zuständigkeiten effizient nachzukommen. Die Kommunen fühlen sich mit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zum Teil überfordert und verlangen nach finanzieller Hilfe von Bund und Ländern. Insbesondere die Weiterleitung von Mitteln, welche der Bund den Ländern gewährt, sorgt für anhaltende Diskussionen zwischen Landesregierungen und kommunalen Spitzenverbänden. Die Kosten- und Integrationsproblematik, die sich aus der erhöhten Anzahl von Schutzsuchenden der vergangenen Jahre ergibt, wird damit auch zur politischen Verhandlungsmasse in den fortlaufenden Verhandlungsprozessen zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen.¹⁷

Grundsätzlich ist die Flüchtlingspolitik im bundesdeutschen föderalen System eingebettet in die europäische Rechtsordnung. Auf europäischer Ebene ist dabei das 2013 verabschiedete Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) maßgeblich, welches Verordnungen und Richtlinien zusammengefasst, neu formuliert und EU-weite Standards festgesetzt hat. Allerdings differieren Anerkennungsquoten, Unterbringungsbedingungen und soziale Leistungen zwischen den Mitgliedsstaaten z.T. noch erheblich. So ist es bspw. auch zu erklären, dass Deutschland zeitweilig über Griechenland eingereiste Asylantragsteller nicht (wie nach der Dublin-Verordnung vorgesehen) dorthin zurückführte, weil die Einhaltung europäischer Standards nicht immer glaubhaft gewährleistet werden konnte.¹⁸

Nach dem Asylgesetz (AsylG) entscheidet ausschließlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über Asylanträge.¹⁹ Kommen Flüchtlinge auf bundesdeutsches Territorium und beantragen Asyl, wird ihr Antrag formal auf der Bundesebene bearbeitet. Diese Bearbeitung findet jedoch nicht an einem zentralen Ort statt, sondern in den Außenstellen des BAMF in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Diese Erstaufnahmeeinrichtungen unterfallen wiederum der Zuständigkeit der Länder. Nach einigen Wochen werden die Asylbewerber dann auf die Kommunen verteilt. An den ihnen zugewiesenen Orten müssen sie dann mindestens für die Dauer ihres Verfahrens wohnhaft bleiben.

Zusätzlich zum Ablauf des Asylverfahrens legt die Bundesebene auch die Rahmenbedingungen für den Zugang der Asylbewerber zu weiten Teilen des gesellschaftlichen Lebens fest. Grundlage hierfür ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), dessen letzte Novellierung im März 2015 in erfolgte. In ihm ist geregelt, welche Leistungen Asylsuchenden

16 Vgl. Schammann (2015).

17 Beispielhaft hierfür: Presseerklärung Nr. 26 vom 11.11.2016 des Sächsischen Städte- und Gemeindebunds: „Sächsischer Städte- und Gemeindetag fordert Weiterleitung von Bundesmitteln zur Integration von Flüchtlingen“.

18 Vgl. BAMF, Entscheiderbrief 1/2015, S. 7.

19 Asylgesetz, Abschnitt 3, § 5 Bundesamt: „(1) Über Asylanträge entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt). Es ist nach Maßgabe dieses Gesetzes auch für ausländerrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen zuständig.“

in den ersten 15 Monaten für Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts oder für die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände zustehen. Zudem trifft es Aussagen über den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Bundesländer führen die Fachaufsicht über die Ausländerbehörden der Kommunen, die für die Umsetzung des Aufenthaltsgesetzes während und vor allem nach Beendigung des Asylverfahrens zuständig sind. Daneben hat der Bund die Zuständigkeit für „Aufnahme, Unterbringung und Gewährung (...) existenzsichernder Leistungen“, und damit vor allem für die Umsetzung des AsylbLG, an sie delegiert. In der Praxis reichen die meisten Bundesländer dann diese Aufgaben ganz oder teilweise an die kommunale Ebene weiter und stellen ihr dafür finanzielle Mittel in unterschiedlicher Höhe zur Verfügung.

Zu den Pflichtaufgaben der Kommunen gehören der Vollzug des Aufenthaltsrechts, die Gewährung sozialer Leistungen, die Gesundheitsversorgung sowie meistens auch die Unterbringung.²⁰ Materiell bedürftige, sich in Deutschland aufhaltende Ausländer, die nicht unter das AsylbLG fallen, haben Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII. Die Zuordnung zum SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) oder SGB XII (Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter) richtet sich nach den gleichen Kriterien wie bei deutschen Staatsbürgern. Auch hier verbleibt die Kostenbelastung zunächst auf der kommunalen Ebene.

2.3 Geplante zukünftige Unterstützung der Kommunen durch den Bund

Die Länder sind für die Unterbringung der Asylsuchenden zuständig. Dazu müssen sie Aufnahmeeinrichtungen schaffen und unterhalten. In diesen Einrichtungen erhalten die Asylbewerber zur Deckung des existenzsichernden Bedarfs zunächst vorrangig Sachleistungen. Außerdem erhalten sie zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens einen monatlichen Geldbetrag in Höhe von momentan 135 Euro. Bei Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen beträgt die monatliche Geldleistung für alleinstehende Leistungsberechtigte 354 Euro pro Monat.²¹

Mit dem „Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen“ sollen Maßnahmen aus den Bund-Länder-Einigungen vom 16. Juni und 7. Juli 2016 sowie Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden. Die Entlastungen sollen sich bis zum Jahr 2019 auf insgesamt knapp 20 Milliarden Euro belaufen. So ist geplant, dass der Bund die Kosten der Unterkunft und Heizung von 2016 bis 2018 für Flüchtlinge in der Grundsicherung²² übernimmt. Dadurch werden die Kommunen laut Bundesministerium der Finanzen (BMF) 2016 um 400 Millio-

20 Vgl. Schammann / Kühn (2016).

21 Siehe: Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG): § 3 Grundleistungen.

22 Nach § 22 SGB II.

nen Euro, 2017 um voraussichtlich 900 Millionen und 2018 um 1,3 Milliarden Euro entlastet. Zudem gibt der Bund den Ländern eine jährliche Integrationspauschale von 2 Milliarden Euro für diese Jahre und Mittel für den Wohnungsbau über je 500 Millionen Euro für 2017 und 2018. Darüber hinaus stellte der Bund den Ländern beziehungsweise Kommunen 350 Mio. Euro für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie 339 Mio. Euro zur Verbesserung der Kinderbetreuung zur Verfügung.²³ Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, will der Bund außerdem die Finanzausstattung der Kommunen ab dem Jahr 2018 um 5 Milliarden Euro pro Jahr verbessern. Dazu verzichtet er auf Umsatzsteueranteile und erhöht seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft für Arbeitssuchende. Eine wichtige Entlastung von den tatsächlich anfallenden Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Länder und Kommunen ist die vereinbarte strukturelle, dauerhafte und dynamische Beteiligung des Bundes an den gesamtstaatlichen Kosten. Die Höhe dieser Entlastung ist abhängig von der Zahl der aufgenommenen Asylbewerber und Flüchtlinge. Im Herbst 2016 erfolgte erstmalig die Spitzabrechnung für die Monate Januar bis August 2016. Die Länder erhielten vorerst in Höhe von knapp 3 Mrd. € eine Abschlagszahlung für 2016, die mit der Spitzabrechnung überprüft und nachjustiert werden sollte. Die Berechnungen führten zu einer Nachzahlung des Bundes in Höhe von knapp 760 Mio. €. Für die Monate September bis Dezember 2016 wurde eine neue Abschlagszahlung in Höhe von rund 1,8 Mrd. € festgelegt. Insgesamt erhielten Länder und Kommunen damit im vergangenen Jahr 5,5 Mrd. € vom Bund zur Entlastung von Ausgaben nach dem AsylbLG. Im Jahr 2017 wird eine Abschlagszahlung von 1,16 Mrd. € gezahlt.²⁴

Der Mittelzuweisung in den Ländern kommt deshalb also eine erhebliche Bedeutung zu, denn sie delegieren die Erfüllung der Aufgaben an ihre kommunalen Träger und erstatten ihnen dann die anfallenden Kosten. Diese Erstattungssysteme unterscheiden sich jedoch z.T. erheblich in ihrer Systematik und der Höhe der Erstattung.²⁵

23 BMF (2017), S. 10.

24 Ebd. S. 12.

25 Vgl. Lenk/Hesse/Diesener/Woitek (2016): „Evaluierung der Kostenpauschale nach dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz auf Grundlage eines Pauschalerstattungssystems“, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministerium des Innern, Dresden, 2016; Vgl. Lenk/Hesse/Lück/Woitek/Geßner (2014): Gutachten zur Anpassung der Kostenerstattungspauschale gemäß § 10 des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern; Vgl. Ritgen (2015): Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland, in: Der Landkreis, 10/2015, S. 633-644.

3 Situation in Sachsen

3.1 Einordnung im Ländervergleich

Abbildung 4: Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen 2015 nach Ländern

Quelle: Statistisches Bundesamt; Eigene Darstellung – Summen aus kommunalem Anteil und Landesanteil.

Im Ländervergleich hat der Freistaat Sachsen im Berichtsjahr 2015 relativ zu den anderen Bundesländern eine erhebliche Steigerung der Ausgaben erfahren (Landes- und Kommunalebene zusammen). Knapp ein Drittel der Gesamtausgaben (1 17,8 Mio. Euro) fiel dabei allerdings für die Grundleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen an.²⁶ Betrachtet man die von Landes- und Kommunalebene gemeinsam getätigten Bruttoausgaben der Bundesländer pro Einwohner, kann festgestellt werden, dass Sachsen zunächst mit 81 Euro/Einw. den höchsten Wert aller Flächenländer aufweist. Die außerordentlichen Belastungen im Jahr 2015 im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtungen, welche auf im Vorfeld unerwartet hohe Kostenbelastungen während der Hochzeit der Flüchtlingsbewegungen (Herbst/Winter 2015) zurückzuführen sind,²⁷ treiben den Durchschnitt für das Berichtsjahr 2015 demnach atypisch in die Höhe. Dennoch erscheint der Wert überhöht. Ursächlich kann hier insbesondere das Stichtagsprinzip sein, da die jahresbezogene Asylbewerberleistungsstatistik die für die Unterbringung am Jahresende geleistete Zahlungen bis zum 31.12.2015

26 Siehe Statistisches Landesamt (2016), Statistischer Bericht K VI 1 – j/15, S. 21.

27 Nach Angaben der zuständigen Landesdirektion spielten dabei insbesondere die geographische Lage Sachsens als Grenzland, sowie die hohen Unterbringungskosten in den kalten Monaten eine Rolle, da aufgrund der Überbelegung der EAE zusätzlich und kurzfristig sehr teure Unterbringungsmöglichkeiten eingekauft werden mussten.

umfasst, die in anderen Ländern möglicherweise erst im Januar/Februar 2016 geleistet wurden (mangelnde Fristenkongruenz).²⁸ Wird anhand der bisherigen Entwicklungstrends der Asylbewerberleistungen in Sachsen ein um diesen Effekt bereinigter Vergleichswert abgeschätzt, so sollte dieser eher bei rund 59 Euro/Einw. und damit im Bereich des Durchschnitts aller Flächenländer liegen.²⁹

Abbildung 5: Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen 2015 nach Ländern je Einwohner

Quelle: Statistisches Bundesamt; Eigene Darstellung, Eigene Berechnung – Summen aus kommunalem Anteil und Landesanteil.

3.2 Erstattungsregelungen

In sieben von dreizehn Flächenländern, darunter auch der Freistaat Sachsen, erhalten die kommunalen Träger (zehn Landkreise, drei kreisfreie Städte) vom jeweiligen Bundesland eine personenbezogene Pauschale, die pro Zuwendungsempfänger (= Asylsuchender) gezahlt wird. Um Defizite bei den Kommunen zu vermeiden, ist die adäquate Höhe dieser Pauschale also von besonderer Bedeutung. Wie sich im Fall Sachsens herausstellte, besteht allerdings grundsätzlich die Schwierigkeit der Bestimmung der geeigneten Datengrund-

28 Die fristengerechte Zuordnung könnte über die Nutzung der doppischen Ergebnisrechnung erfolgen, die Asylbewerberleistungsstatistik basiert jedoch auf Zahlungsdaten.

29 Hierzu werden die Bruttoausgaben der Erstaufnahmeeinrichtungen ins Verhältnis zu den Bruttoausgaben der kommunalen Träger gesetzt. Der sich ergebende Trend wurde auf 2015 fortgeschrieben, sodass sich ein Wert von rund 59 Euro/Einw. ergibt. Dieser Wert negiert nicht die tatsächlichen Ausgaben des Freistaates im Haushaltsjahr 2015, er versucht lediglich den Aspekt der Fristenkongruenz einzuordnen. Die Interpretation wird dadurch erschwert, dass der Freistaat seine Ausgaben für den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtungen vollständig in der Gruppierung 547 (nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben) verbucht hat.

lage für die Bestimmung dieser Pauschale und damit der Erstattungshöhe. Die Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen betrugen in Sachsen zum Höhepunkt der Flüchtlingswelle 2015 ca. 332 Mio. Euro (Summe aus kommunalem und Landesanteil). Es bezogen zum Stichtag 31.12.2015 45.749 Personen in Sachsen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zum Vergleich: Die Bruttoausgaben für Sozialhilfe nach SGB XII betrugen demgegenüber in 2015 etwa 848 Mio. Euro bei 70.695 Leistungsempfängern. Der Vergleich erscheint in diesem Zusammenhang zulässig, da es sich bei beiden Personengruppen im weiteren Sinne um „hilfebedürftige“ Menschen handelt. Die Asylbewerberleistungen sind jedoch nicht der einzige Ausgabenposten, welcher zur Bestimmung der „tatsächlichen Kosten“ von Asylsuchenden herangezogen werden muss. Im Freistaat Sachsen ist geregelt, dass das Land den aufgabenerfüllenden kommunalen Trägern gemäß § 10 des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes (SächsFlüAG) die für die Aufnahme und Unterbringung anfallenden Kosten in Form einer Pauschale erstattet. Diese lag in den Jahren 2015 und 2016 bei 7.600 Euro pro Leistungsempfänger und Jahr. Ungeachtet unterschiedlicher Ausgabenniveaus der leistungserbringenden Gebietskörperschaften zeigte aber die Entwicklung der kommunalen Ausgaben einen stark ansteigenden Trend. Dieser erklärt sich zum einen aus der 2015 deutlich gestiegenen Anzahl von Schutzsuchenden; andererseits führte der erhebliche nachfrageseitige Impuls der öffentlichen Hand in einem relativ kurzen Zeitraum zu einer zusätzlichen unerwarteten Kostendynamik. Aufgrund der damit verbundenen tatsächlichen Ausgaben waren bei den sächsischen Kommunen erhebliche Zuschussbedarfe entstanden und es wurde vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) eine gutachterliche Überprüfung der Pauschale in Auftrag gegeben. Teilweise ausgleichend traten in den Jahren 2013 bis 2016 Sonderbedarfs- und Investitionszuweisungen sowie für die Jahre 2015 und 2016 Ergänzungspauschalen des Landes hinzu, um insbesondere die Folgen der exponentiellen Steigerung der Flüchtlingszahlen in eben diesen Jahren abzufedern.

Der § 10 SächsFlüAG enthält einen vergleichsweise umfassenden Erstattungsbegriff. Mit der Pauschale sollen alle notwendigen Ausgaben unter Einschluss der Ausgaben für personellen und sächlichen Verwaltungsaufwand, für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie für liegenschaftsbezogene Ausgaben und Aufwendungen im Rahmen der Unterbringung abgegolten werden. Zum Zeitpunkt der Erstellung des beauftragten Gutachtens stellten die bereits bestehenden Modelle zur Bestimmung der Pauschale nur auf die amtliche Statistik ab. Es stellte sich jedoch heraus, dass die deren alleinige Nutzung deutliche Schwächen aufweist. Die Asylbewerberleistungsstatistik bezieht sich vornehmlich auf Sozialtransfers und zudem erfasst die amtliche Statistik lediglich Einzahlungen und Auszahlungen, nicht aber Erträge und Aufwendungen. Dies kann hinsichtlich der periodengerechten Zuordnung der Unterbringungsfälle zu Verzerrungen führen, wenn diese eine starke Dynamik aufweisen. Weiterhin wird die amtliche Statistik nur auf Jahresbasis, nicht aber unterjährig oder quartalsweise geführt und schlussendlich besteht zwischen dem statistisch erfassten und dem tatsächlich untergebrachten Personenkreis eine Differenz. Die Asylbewerberleistungsstatistik bildete die sächsischen kommunalen Leistungen für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern demnach nicht hinreichend ab. Vielmehr

bedurfte es hierzu einer umfassenden Bestimmung, welche die eng begrenzten Angaben der Asylbewerberleistungsstatistik aufnimmt und diese um weitere unmittelbare Ausgaben für Asylbewerber (Produktgruppe 313), Kosten für Liegenschaften und Gebäudemanagement sowie weitere mit der Aufnahme und Unterbringung verbundene Ausgaben erweitert. Diese Daten wurden – ebenso wie die Zahl der Leistungsempfänger – mittels einer empirischen Befragung bei den kommunalen Trägern quartalsweise erfasst, um eine unterjährige Dynamik besser abbilden und im Ergebnis eine leistungsgerechte Pauschale bestimmen zu können.³⁰ Pro Kopf und Jahr mussten die sächsischen Kommunen nach dieser Erfassung in 2015 11.064 Euro aufbringen. Für die Jahre 2016, 2017 und 2018 wird eine jährliche Belastung pro Kopf von noch ca. 10.800 Euro bzw. 10.600 und 10.300 Euro veranschlagt.³¹

Auf Basis dieser Zahlen hat die sächsische Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden die künftige Finanzierung in der Flüchtlings- und Asylbewerberfrage neu verhandelt. Zukünftig erstattet der Freistaat Sachsen den kommunalen Kostenträgern die im Rahmen der Aufnahme und Unterbringung entstehenden Kosten mit einer Pauschale in Höhe von 9.558 EUR je Person für das Jahr 2017 und in Höhe von 9.410 EUR ab dem Jahr 2018. Zusätzlich erhalten die Landkreise und Kreisfreien Städte einen Sonderausgleich in Höhe von 392 EUR je Person für das Jahr 2017 und in Höhe von 377 EUR je Person für das Jahr 2018. Bei einer Abweichung von 10 Prozent der der Bemessung der Pauschale zu Grunde gelegten Annahme durchschnittlicher Bestände an Leistungsempfängern für die Jahre 2017 und 2018 erfolgt eine Prüfung der Angemessenheit der Höhe der Kostenerstattung.³²

4 Fazit

Auch wenn die absoluten Ausgaben für Flüchtlinge und Asylbewerber aufgrund des enormen Zuwachses der Personenzahlen in den letzten zwei bis drei Jahren enorm angestiegen sind, fällt bei relativer Betrachtung der Kosten pro Kopf auf, dass ein großer Teil der erheblichen Kostensteigerungen im Jahr 2015 auf einmalige Grenzkosteneffekte bei der Beschaffung von Unterbringungskapazitäten zurückzuführen sind. Die hohen Flüchtlingszahlen in den Jahren 2014 und 2015 (insbesondere der enorme Anstieg zum jeweiligen Jahresende) haben Bund, Länder und kommunale Träger bundesweit kurzzeitig vor große personelle, organisatorische und finanzielle Herausforderungen gestellt. Das sich diese

30 Vgl. Lenk/Hesse/Diesener/Woitek (2016): „Evaluierung der Kostenpauschale nach dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz auf Grundlage eines Pauschalerstattungssystems“, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministerium des Innern, Dresden.

31 Entspricht einer Fortschreibungsvariante, wonach ein Rückgang der Leistungsempfänger um 25% pro Jahr sowie eine pauschale Kostensteigerung von 2 % pro Jahr unterstellt wurde. Der Umfang des Effekts der Remanenzkosten (insbesondere durch zukünftige Abschreibungen der im 2. Halbjahr 2015 geschaffenen Unterbringungskapazitäten) ließ sich auf Basis der durchgeführten Erhebung noch nicht präzise bestimmen. Vgl. ebd. S. 81, S. 86.

32 Sächsisches Flüchtlingsaufnahmegesetz vom 25. Juni 2007 (SächsGVBl. S. 190), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 630) geändert worden ist.

Situation in den nächsten Jahren aber noch einmal in dieser extremen Form wiederholt, kann als unwahrscheinlich gelten, denn die Lage hat sich im Laufe des Jahres 2016 bereits merklich entspannt. Sachsen hat Jahr 2016 14.860 Asylbewerber aufgenommen. Im Dezember 2016 waren nur noch 1.643 Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht (im September 2015 waren es noch 12.079 Personen). Zum 31. Dezember 2016 hielten sich noch insgesamt 28.831 Asylbewerber in Sachsen auf. Davon waren 6.098 vollziehbar Ausreisepflichtige (also zur Abschiebung bestimmt) und 21.090 Asylbewerber im Verfahren in den Kommunen.³³

Generell ist anzumerken, dass ein Asylbewerber, dessen Bedürftigkeit einmal anerkannt ist, Anspruch auf Leistungen in Höhe der üblichen Sozialhilfe nach SGB XII oder der Grundsicherung nach SGB II (soweit erwerbsfähig) hat. Hierzu sind die Auszahlungen vom Gesetzgeber gestaffelt worden und richten sich zum Beispiel nach Alter und Familienstand des Antragstellers. Ein alleinstehender Asylberechtigter erhält dann einen Regelsatz von 409 Euro³⁴. Wie bei Empfängern von Leistung der Grundsicherung nach dem SGB II werden die Kosten für Wohnraum sowie Krankenversicherung übernommen und eine einmalige Pauschale für die Erstausrüstung ausgezahlt. Der Grund dafür ist, dass es in Deutschland das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gibt. Dieses haben natürlich auch Asylberechtigte. Den Grundbedarf und die Krankenversicherungsbeiträge trägt die Bundesagentur für Arbeit, also der Bund. Ausgaben für die Kommunen fallen in den Bereichen Unterkunft (Miete und Heizkosten sowie Erstausrüstung von Wohnungen) und der Kinderbetreuung an, wobei in beiden Bereichen Bund und Länder Zuschüsse gewähren und zusätzliche Entlastungen der Kommunen für die nächsten Jahre geplant sind. Zusätzliche Mittel für anerkannte Flüchtlinge stehen den Kommunen im Rahmen des grundsätzlich an der Einwohnerzahl orientierten kommunalen Finanzausgleichs zu. Diese wären allerdings nur dann ausreichend, wenn das Profil eines Flüchtlings dem eines Durchschnittseinwohners entspräche. Gerade wegen spezifischer Herausforderungen vor allem im Bildungsbereich ist dies jedoch nicht zutreffend. Eine „zielorientierte Integrationspolitik wird aller Wahrscheinlichkeit nach überdurchschnittliche Humankapitalinvestitionen erforderlich machen.“³⁵ Von einer „Kostenexplosion“ kann jedoch, in Anbetracht der rein numerischen Anzahl der Flüchtlinge und den bereits jetzt ermittelten flüchtlingsbezogenen Finanzbedarfen, nicht gesprochen werden. Was jedoch konstatiert und empirisch belegt werden kann ist, dass diejenigen föderalen Einheiten, die mit der unmittelbaren Durchführung von Aufnahme, Unterbringung und Integration beauftragt sind, nämlich die Kommunen, momentan aufgrund unzureichender Erstattung der für die Finanzierung der ihr übertragenen Aufgaben notwendigen Mittel, auf einem Teil ihrer Kosten sitzenbleiben. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass den Kommunen neben den Ausgaben nach Asylbewerberleistungsgesetz andere Kosten entstehen, welche noch nicht hinreichend in den geltenden Erstattungsregelungen berücksichtigt sind. Diese Finanzierungslücken zu schließen, wird in Zukunft ein wichtiger Baustein in der Bewältigung der sog. „Flüchtlingskrise“ sein. Auch wenn die kommunale Ebene finanziell nicht so überbeansprucht ist, wie häufig dargestellt,

33 Quelle: Landesdirektion Sachsen.

34 Ab 01.01.2017; im Jahr 2016: 404 Euro.

35 Hummel / Thöne (2016), S. 47.

ist unstrittig, dass die Aufnahme und insbesondere die zukünftige Integration von anerkannten Asylberechtigten weiterhin Finanzmittel in Anspruch nehmen werden. Obwohl durch die Anerkennung freier Zugang zum Arbeitsmarkt besteht, finden bisher nur wenige anerkannte Flüchtlinge sofort einen Arbeitsplatz. Sie beziehen in der Regel zunächst Leistungen nach SGB II. Diese sind insgesamt etwas weiter gefasst als Leistungen nach dem AsylbLG, sodass die gesamtstaatlichen Kosten gegenüber der Phase des Asylverfahrens (leicht) ansteigen.³⁶ Eine weitere Kostenerstattung durch Bund und/oder Land ist aus kommunaler Sicht also zwingend notwendig.

36 Schammann / Kühn (2016), S. 30-31.

5 Literatur- und Quellenverzeichnis

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2014): Das deutsche Asylverfahren ausführlich erklärt.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2016): Ablauf des deutschen Asylverfahrens: Ein Überblick über die einzelnen Verfahrensschritte und rechtlichen Grundlagen.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2016): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Asylgeschäftsstatistik für den Monat Oktober 2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2016): Dienstanweisung Asyl. Stand 18.01.2016.

Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2017): Asyl- und Flüchtlingspolitik aus Sicht des Bundeshaushalts, in : Monatsbericht Januar, S. 6–16..

Hummel, Caroline-Antonia / Thöne, Michael (2016): Finanzierung der Flüchtlingspolitik, Für eine ausgewogene Finanzierung der Flüchtlingsleistungen bei Bund, Ländern und Kommunen, Studie für die Robert Bosch Stiftung, Köln.

Informationsverbund Asyl & Migration (Hrsg.) (2015): Das Asylverfahren in Deutschland. Ablauf des Verfahrens, Fallbeispiele, weiterführende Informationen, Berlin.

Lenk/Hesse/Diesener/Woitek (2016): „Evaluierung der Kostenpauschale nach dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz auf Grundlage eines Pauschalersatzungssystems“, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministerium des Innern, Dresden.

Lenk/Hesse/Lück/Woitek/Geßner (2014): Gutachten zur Anpassung der Kostenerstattungspauschale gemäß § 10 des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, Dresden.

Ritgen (2015): Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland, in: Der Landkreis, 10/2015, S. 633-644.

Sächsische Staatskanzlei (2015): Asylbewerber und Flüchtlinge im Freistaat Sachsen. Fakten und Hintergrundinformationen.

Schammann, Hannes (2015): Rette sich, wer kann? Flüchtlingspolitik im Föderalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25/2015.

Schammann, Hannes / Kühn, Boris (2016): Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland, Bonn.

Statistisches Bundesamt (2016): Bruttoinlandsprodukt 2015 für Deutschland, Wiesbaden.

Wendel, Kay (2014): Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland: Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich, Förderverein PRO ASYL e. V. (Hrsg.), Frankfurt am Main.

Das **Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen (KOMKIS)** stellt eine kostenfreie Informations- und Beratungsplattform für die kommunale Ebene in Sachsen dar. Im Schnittstellenbereich zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Politik agiert das KOMKIS als kompetenter Informationsgeber, neutralen Vermittler und inhaltlicher Ansprechpartner zu Themen der kommunalen Infrastrukturbeschaffung, -erhaltung und -bewirtschaftung.

Weitere Veröffentlichungsformate abrufbar unter www.uni-leipzig.de/komkis:

KOMKIS Analyse

KOMKIS Dialog

KOMKIS Position

KOMKIS Praxis

UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen
am Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management